

Nicht anwesend sind:

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	entschuldigt
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	nicht entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Elke Lentz	SPD	entschuldigt
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

Beigeordnete

Herr Bernd Rubelt	Beigeordneter Geschäftsbereich 4	entschuldigt
-------------------	-------------------------------------	--------------

Gäste

Herr Thomas Kuhlrow	(Bereich Umwelt und Natur) TOP 3.2, 3.9
Herr Dipl.-Med. Michael Naitha	(Ärztlicher Leiter Rettungsdienst) zu TOP 3.3
Herr Thomas Schenke	(Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) zu TOP 3.4, 3.7, 4.1, 4.4
Frau Cordine Lippert	(Koordinierungsstelle Klimaschutz) zu TOP 3.5
Herr Ulf Altmann	(Geschäftsführer Energie und Wasser Potsdam GmbH) zu TOP 3.6
Frau Alena Eichler	(Bereich Verbindliche Bauleitplanung) zu TOP 4.2
Herr Dogan G. Yurdakul	(Gesellschaft für Planung Umwelt-Stadt-Architektur [GfP]) zu TOP 4.2

Protokoll:
Frau Anhoff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.06.2018 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Mehr Bäume für Schulen und Kitas
Vorlage: 18/SVV/0352
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV, KOUL (ff), B/Sp., WA KIS
(2. Lesung)
 - 3.2 Übernahme der Kosten für Blühstreifen/Bienenweiden auf dem Gebiet der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0359
Einreicher: Fraktionen CDU/ANW, SPD
 - 3.3 Potsdam schockt
Vorlage: 18/SVV/0389
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis-FDP
GSI (ff), alle OBR
 - 3.4 Baumpflanzungen entlang der Friedrich-Engels-Straße
Vorlage: 18/SVV/0466
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
 - 3.5 Handlungskonzept Hitzeschutz für Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0546
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
 - 3.6 Energiekonzept Krampnitz
Vorlage: 18/SVV/0607
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
SBV, HA
(Mitteilungsvorlage)
 - 3.7 Energiekonzept Krampnitz
Vorlage: 18/SVV/0603
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV, HA
 - 3.8 Wärmesatzung Krampnitz
Vorlage: 18/SVV/0608
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
SBV, HA
 - 3.9 Übersicht Flächen mit Sträuchern und Gehölzen
Vorlage: 18/SVV/0529
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege,
Umwelt und Natur
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 3. Sachstandsbericht "Aufstellung von Biomooswänden in belasteten Straßen"
(gem. Beschluss zur DS 17/SVV/0534)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
 - 4.2 BE zur Werkstatt "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee"
(gem. Beschluss zur DS 18/SVV/0008)
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

- 4.3 BE zum "Grünkonzept Hermannswerder"
(gem. Beschluss zur DS 18/SVV/0266)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 4.4 Sachstandsmitteilung zur Entwicklung der Radwege, Fußwege, Beleuchtung
und der Verkehrssicherheit in der Max-Eyth-Allee und im Lerchensteig
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Lack, begrüßt die Mitglieder und eröffnet die Sitzung. Als neues Mitglied für die Fraktion DIE aNDERE begrüßt er Herrn Simon Wohlfahrt.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 21.06.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 21.6.2018 wird im Tagesordnungspunkt 3.3 „Mehr Bäume in Schulen und Kitas“, S. 8, geänderte Fassung des Antrags, wie folgt geändert: Der Satz, „Bei der Neu- oder Umgestaltung von Schulhöfen, Kitagärten oder Sportanlagen ist explizit dafür zu sorgen, dass Baumpflanzungen erfolgen bzw. vorhandene Bäume nach Möglichkeit erhalten bleiben.“ wird gestrichen. Durch einen Übertragungsfehler wurde die Streichung nicht übernommen.

Die so korrigierte Niederschrift wird mit 5:0:2 Stimmen bestätigt.

Zur Tagesordnung gibt es folgenden Hinweis: Der Tagesordnungspunkt 4.3 „BE zum ‚Grünkonzept Hermannswerder‘ (gem. Beschluss zur DS 18/SVV/0266)“ wird auf die kommende Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vertagt, da heute keine Vertretung aus der Verwaltung möglich ist.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Anträge auf Rederecht liegen nicht vor.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Mehr Bäume für Schulen und Kitas**

Vorlage: 18/SVV/0352

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV, KOUL (ff), B/Sp., WA KIS
(2. Lesung)

Der Vorsitzende verweist auf die 1. Lesung vom 21.6.2018 und auf die darin aufgestellte geänderte Fassung des Antrags.

Es gibt keinen weiteren Diskussionsbedarf und der Vorsitzende stellt die geänderte Fassung des Antrags zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~zu veranlassen~~ **dafür Sorge zu tragen**, dass die bei öffentlichen Baumaßnahmen angeordneten Ersatzpflanzungen von Bäumen vorrangig auf dem Gelände von Kitas, Schulen oder Sportanlagen erfolgen, **sofern es auf den betroffenen Grundstücken nicht möglich ist**.

Hierfür sind in erster Linie phänologische Zeigerpflanzen zu verwenden.

~~Bei der Neu- oder Umgestaltung von Schulhöfen, Kitagärten oder Sportanlagen ist explizit dafür zu sorgen, dass Baumpflanzungen erfolgen bzw. vorhandene Bäume nach Möglichkeit erhalten bleiben.~~

Zusätzlich ist das Baumkonto der Stadt heranzuziehen, um weitere unerfüllte Ausgleichsaufgaben aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 3.2 **Übernahme der Kosten für Blühstreifen/Bienenweiden auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 18/SVV/0359

Einreicher: Fraktionen CDU/ANW, SPD

Herr Rietz bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Walter erkundigt sich nach einer Kostenschätzung sowie nach der Dauer des Projektes. Zudem möchte er wissen, auf welchen Flächen sich die Blühstreifen befinden sollen.

Herr Rietz weist darauf hin, dass es sich hier um einen Prüfauftrag handelt, bei dem unter anderem auch diese Fragen geklärt werden sollen. Mit der beantragten Prüfung ist beabsichtigt, sich bestehende Möglichkeiten aufzeigen zu lassen.

Herr Kuhlow (Bereich Umwelt und Natur) gibt für die Verwaltung an, dem Antrag positiv gegenüberzustehen. Bisher habe die Landeshauptstadt Potsdam keine finanziellen Mittel für die Unterstützung von Landwirten beim Anlegen von Blühstreifen eingestellt. Für die Ermittlung des Finanzbedarfes für einen Zuschuss zur Beschaffung von Saatgut sei zunächst u. a. der angestrebte Effekt zu definieren sowie die Regularien für die Gewährung eines solchen Zuschusses festzulegen. Er weist darauf hin, dass die Einhaltung aller Vorgaben dann auch regelmäßig zu kontrollieren sei Rücksprachen mit Potsdamer Landwirten habe bisher einen geschätzten finanziellen Aufwand in Höhe von ca. 2 000 – 5 000 Euro Zuschuss für die Beschaffung des Saatgutes ergeben.

Herr Kuhlow betont die positiven Effekte von Blühflächen und –streifen. Sie können nicht nur ungünstige Flächenzuschnitte optimieren, sondern dienen auch als wichtige Nahrungsquelle sowie als Lebens- und Rückzugsraum für Vögel, Insekten, Kleintiere und Niederwild. Unrentable Ackerflächen können hierdurch ökologisch aufgewertet werden. Blühstreifen oder –flächen können als einjährige oder mehrjährige Wildkräutermischungen angelegt werden.

Unter der Voraussetzung, dass die entsprechenden Gelder in den Haushalt 2019 eingestellt werden, kann die Annahme des Antrages empfohlen werden. Dabei sollte generell auf die Anlegung von mehrjährigen Blühstreifen orientiert werden, da diese eine höhere ökologische Wertigkeit besitzen.

Herr Jäkel hält es für schwierig, die Kosten zum jetzigen Zeitpunkt zu bestimmen, steht dem Antrag aber positiv gegenüber und unterstützt eine entsprechende Prüfung.

Herr Becker verdeutlicht, dass es hier nicht nur um Streifen geht, sondern auch um eine Attraktivitätssteigerung von Stilllegungsflächen.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen bis zur Auflegung eines Förderprogramms durch das Land Brandenburg landwirtschaftliche Betrieben bei der Anschaffung des Saatguts für neu anzulegende Blühstreifen/Bienenweiden auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam finanziell unterstützt werden können.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.3

Potsdam schockt

Vorlage: 18/SVV/0389

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis-FDP

GSI (ff), alle OBR

Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Naitha (Ärztlicher Leiter Rettungsdienst) führt zum Ist-Zustand aus. Er gibt an, dass eine Smartphone geführte Helfer-App bereits in Planung ist, die (voraussichtlich 2019) brandenburgweit zum Einsatz kommen soll. Die Gespräche für die Etablierung der „KATRETTTER“ genannten App laufen. Die entsprechenden Kosten sind ebenfalls evaluiert. Er weist nochmals ausdrücklich darauf hin, dass eine solche App an die Leitstelle gekoppelt sein muss, um wirksam funktionieren zu können.

Herr Henning zweifelt die Sinnhaftigkeit einer Erhöhung der Anzahl von Defibrillatoren im Stadtgebiet an. Gerade in Notsituationen im öffentlichen Straßenraum sei es fraglich, ob ein solches Gerät rechtzeitig erreicht werden und letztlich beim Hilfebedürftigen ankommen kann. Hier sollte man eher die Anweisungen und Hilfestellungen der alarmierten Rettungskräfte befolgen bis die eigentlichen Retter vor Ort sind und professionelle Hilfe geleistet werden kann. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, welche Menge an Defibrillatoren es bräuchte, um tatsächlich einen positiven Effekt zu erzielen.

Frau Walter gibt an, dass der Antrag vor allem auf den ländlichen Raum abziele.

Herr Naitha geht auf die Hinweise der Mitglieder ein. Er erklärt, dass die Ausstattung mit Defibrillatoren in großen Gebäudekomplexen in entsprechenden Notfällen Sinn mache. Für den Straßenraum teilt er die Bedenken von Herrn Henning und sieht hier weniger eine Eignung.

Herr Jäkel sieht in dem Antrag eine gute Gelegenheit Großgebäude und auch endlich alle Freiwilligen Feuerwehren entsprechend auszustatten, was längst nicht der Fall sei.

Herr Linke fordert eine App, die ausschließlich mit der Feuerwehr verbunden ist. Nur dann sei eine Helfer-App auch wirklich sinnvoll.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für Potsdam eine Notfall-App bereitstellen zu lassen, um eine schnelle Hilfe in Notfallsituationen, wie zum Beispiel dem Plötzlichen Herztod, zu ermöglichen. Die Notfall-App wird unter anderem vom Arbeiter- Samariter- Bund angeboten und in einigen Städten, z.B. Hannover, Kassel, Hamburg oder Berlin, bereits erfolgreich eingesetzt. Darüber hinaus soll das Netz für Orte, an denen Laien-Defibrillatoren bereitgestellt werden, insbesondere in den Ortsteilen, vergrößert werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

zu 3.4 Baumpflanzungen entlang der Friedrich-Engels-Straße**Vorlage: 18/SVV/0466**

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein, erläutert ihn und bittet um Zustimmung.

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) teilt mit, dass die Nachpflanzungen an diesem Standort in den letzten Jahren aufgrund von Planungen zum grundhaften Ausbau der Friedrich-Engels-Straße inklusive ihrer Nebenanlagen zurückgestellt worden sind. Die Verwaltung wird dem Antrag in der Pflanzperiode 2019 nachkommen. Die Maßnahme werde auf dem Abschnitt vom Hauptbahnhof bis zur Schlaatzstraße umgesetzt. Ab der Schlaatzstraße ist die Umsetzung wegen dem dort geplanten Bauvorhaben nicht zu realisieren.

Der Vorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der nächstfolgenden Pflanzperiode die seit längerem ausstehende Pflanzung der vielen noch fehlenden Straßenbäume in der Friedrich-Engels-Straße durchführen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:einstimmig **angenommen**.**zu 3.5 Handlungskonzept Hitzeschutz für Potsdam****Vorlage: 18/SVV/0546**

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und begründet ihn. Er erläutert einige der enthaltenen Forderungen gezielter und bittet um Zustimmung. Den Hinweis zur Terminstellung für die Berichterstattung im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung übernimmt er und ändert diese in Januar 2019.

Frau Lippert (Koordinierungsstelle Klimaschutz) nimmt zum Antrag Stellung. Sie weist auf jährlich wechselnde Wetterlagen hin. Entsprechende Forschungen haben ergeben, dass nicht alle künftigen Sommer durch eine so heiße und trockene Wetterlage wie in diesem Jahr gekennzeichnet sind. Vielmehr wechseln sich Sommer mit unterschiedlichen Wetterlagen, beispielsweise mit einer hohen Niederschlagsquote, ab. Der hier diskutierte Antrag spricht jedoch nur eine

Wetterlage an, was zu kurz gedacht sei.

Sie verweist an dieser Stelle auf bereits vorliegende Konzepte, wie beispielsweise das „Klimaschutzteilkonzept - Anpassung an den Klimawandel in der Landeshauptstadt Potsdam“, das acht Wetterlagen beinhaltet. Des Weiteren hebt sie die Aktivitäten der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) hervor, die beispielsweise im Potsdamer Stadtgebiet Trinkbrunnen unterhält (insgesamt drei). Zudem sei die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) Teilnehmer an dem Forschungsprojekt „ExTrass“, ein gemeinsames Projekt der Uni Potsdam und der Städte Potsdam, Remscheid und Würzburg. Im Vordergrund steht hier die Frage, wie Städte gegenüber extremen Wetterereignissen widerstandfähiger werden können. Was können sie den Folgen des Klimawandels entgegensetzen?

Frau Lippert kündigt die Vorlage zum 1. Aktionsplan „100 % Klimaschutz“ für die Novembersitzung der Stadtverordnetenversammlung an, aus der sich ebenfalls Maßnahmen ergeben.

Sie schlägt vor, die Forderungen des Antrags entweder in dem „ExTrass“-Projekt mit zu bearbeiten oder die Maßnahmenvorschläge im Rahmen des Aktionsplans „100 % Klimaschutz“ zu beurteilen.

Herr Jäkel dankt Frau Lippert für ihre Stellungnahme. Er betont, die bisherige Arbeit mit dem hiesigen Antrag nicht kritisieren zu wollen. Seine vorgeschlagenen Maßnahmen sollen dennoch geprüft und festgestellt werden, welche von ihnen bereits im nächsten Sommer umsetzbar wären und welche später. Auch bei Wetterwechseln seien schließlich solche extremen Wetterlagen, wie in diesem Sommer, vermehrt möglich, weswegen man sich mit ihnen beschäftigen müsse.

Herr Walter kritisiert den Antrag als zu kurz gedacht, auch wenn er einzelne unterstützenswerte Punkte beinhaltet. Für Extremlagen dieser und anderer Art habe die Landeshauptstadt Potsdam, soweit ihm bekannt sei, einen Katastrophenschutzplan. Er erkundigt sich, wann dieser greift.

Herr Piest gibt zu bedenken, dass nicht alle hier genannten Maßnahmen in der gleichen Priorität zu behandeln sind. Diese Fragestellung sollte erst einmal von der Verwaltung geprüft werden, bevor ein wie hier gefordertes Konzept erarbeitet wird.

Herr Linke informiert, Errechnungen haben ergeben, dass uns eine Wetterlage, wie in diesem Sommer, jedes dritte Jahr treffen wird. Dem hier diskutierten Antrag sollte nicht zugestimmt werden, da bereits ein passendes Konzept existiert. An diesem solle weiter gearbeitet werden.

Die Wasserversorgung des Stadtgebietes Potsdam sei auch in Extremlagen unproblematisch, da sie aufgrund der bestehenden Eigentumsverhältnisse gesichert ist. Zur Frage von Herrn Walter, wann der Katastrophenschutz greift, informiert Herr Linke, dass der Katastrophenfall für die LHP nicht definiert sei und einzelfallbezogen vom Oberbürgermeister auszurufen ist.

Herr Henning regt an, durch den Bereich Grünflächen eine Schadensbilanz dieses Sommers erarbeiten und vorlegen zu lassen. Um eine entsprechende Berichterstattung im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung wird gebeten.

Herr Schenke signalisiert sein Einverständnis.

Im Nachgang zur Sitzung teilt die Verwaltung mit, dass eine Schadensbilanz mit dem nächsten Grün der Bäume (erst dann werden mögliche Schäden sichtbar) erstellt werden kann. Eine Berichterstattung im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung wird für Mai 2019 vorgesehen.

Herr Jäkel schlägt folgende Ergänzung vor: im ersten Satz des Antrages sind hinter dem Wort Klimakonzept die Worte „und in Zusammenarbeit mit dem ‚ExTrass‘-Projekt“ einzufügen.

Herr Wohlfahrt macht deutlich, wenn dieses neue Konzept beschlossen werden sollte, dann nur in Verknüpfung mit bestehenden Konzepten. Zudem kann er den Sinn der Forderung nach einer Umgehungsstraße (sh. Aufzählung zu 1., zweiter Teil des letzten Anstriches) nicht erkennen. Dieser Teil soll gestrichen werden.

Herr Rietz unterbreitet den Vorschlag, den Antrag nach dem zweiten Absatz enden zu lassen. In der jetzigen Form sei er ihm zu umfangreich.

Herr Jäkel signalisiert sein Einverständnis zu den Vorschlägen von Herrn Wohlfahrt und Herrn Rietz, sofern der ausgesparte Katalog zu den konkreten Maßnahmen (zu 1. bis 3.) Teil der Antragsbegründung wird. Auf Kritik zu dem Begriff „Hitzeschutzkonzept“ geht er ein und stimmt einer Änderung in „Anpassungsstrategiekonzept“ zu.

Die geänderte Begründung des Antrages „Handlungskonzept Hitzeschutz Potsdam“ lautet wie folgt:

„Begründung:

Die momentan festzustellende Hitzeperiode dauert bereits seit April dieses Jahres und belastet Mensch und Natur in Potsdam in ungewöhnlich starkem Maß. Es besteht die reale Gefahr, dass sich solche Hitzeperioden in Potsdam auch in der Zukunft häufen. Wir stellen aktuell auf Hauptverkehrsstraßen und in Wohngebieten wie z. B. der Breiten Straße oder in der Geschwister- Scholl-Straße nachmittags bereits Temperaturen von 40 Grad Celsius fest. Darum ist es erforderlich, kurzfristig konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die Linderung für die Bewohner unserer Stadt ermöglichen. Ereignisse wie der Waldbrand bei Fichtenwalde, der ganze Wohngebiete bedrohte, oder der Böschungsbrand an der Bahnstrecke Köln – Frankfurt, der angrenzende Wohnungen vernichtete, müssen uns eine Warnung sein. Es geht darum, solche Gefahren für Potsdam sicher zu verhindern. Weiterhin ist es geboten, zum Schutz unserer natürlichen Lebensumwelt beizutragen und die Bürger der Stadt bei der Bewältigung künftiger Probleme durch extreme Hitze zu unterstützen.

Zu 1.

Unter anderem sind zum Schutze der Menschen vor Hitze zu prüfen:

- Schaffung zusätzlicher Abschattungen wie Sonnensegel, Schirme, Schutzdächer an belebten Orten und Haltestellen, die bisher keinen ausreichenden Sonnenschutz haben.
- Pflanzung zusätzlicher Bäume zur Beschattung

- Ausweisung von klimatisierten Räumen in allen Stadtteilen und Ortsteilen für das Aufsuchen durch hitzegeplagte Menschen
- Wasserbespülung von Fahrbahnen großer Straßen bei extremer Hitze
- Prüfung der Brandschutzvorkehrungen für alle Wohngebiete um das Übergreifen von Wald- oder Flächenbränden auf Wohnhäuser vorbeugend wirksam zu verhindern
- Arbeitserleichterungen für Berufstätige
- Trinkwasserspender im öffentlichen Raum
- Getränkeautomaten mit gekühlten Wasserflaschen zum Verkauf in belebten öffentlichen Räumen und touristisch frequentierten Bereichen nach dem Vorbild der Adriaküste
- Möglichkeiten der Verkehrsentlastung der Innenstadt durch zusätzliche Züge im ÖPNV und RB-Verkehr ~~sowie durch Schaffung einer Umgehungsstraße~~

Zu 2.

Unter anderem sind zum Schutz der Pflanzen und Grünanlagen und Wälder zu prüfen:

- besserer Schutz vor Umnutzung und Bebauung
- Verbesserung von Bewässerungsmöglichkeiten
- Erhöhung der Kapazitäten (technisch, personell) zur Bewässerung von Bepflanzungen und zur Unterhaltspflege durch Bewässerung von Straßenbäumen
- Schaffung zahlreicher zusätzlicher Gartenwasseranschlüsse (mit Gartenwasserzählern) an Mietshäusern und anderen Gebäuden, die jeden Bürger in die Lage versetzen, selber Bäume und Grünflächen vor dem selbst bewohnten Haus bei Trockenheit wässern zu können
- Ergänzung von Grünanlagen mit Pflanzen, die eine höhere Resistenz gegen Trockenheit haben

Zu 3.

Unter anderem sind zum Schutz von Tieren zu prüfen:

- Schaffung von Tränkstellen für freilebende Vögel, Kleintiere, Wildtiere und Hunde beim Auslauf in der Stadt
- Biotopschutz für Tiere im Stadtgebiet
- Wasserstellen für Wildtiere in stadtnahen Waldgebieten, die über keine natürlichen Wasserzugänge verfügen
- Schutz von Wassertieren und Fischen in abgeschlossenen Gewässern vor Sauerstoffmangel durch Belüftung oder andere Maßnahmen

Die im Antragstext beispielhaft benannten Maßnahmen sind nicht ausschließlich zu betrachten, sondern als Vorschläge, die jederzeit durch andere geeignete Maßnahmen ergänzt werden können.“

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis März 2019 ergänzend zum Klimakonzept **und in Zusammenarbeit mit dem „ExTrass“-Projekt** der Landeshauptstadt **Potsdam** ein

Hitzeschutzkonzept **Anpassungsstrategiekonzept** für Potsdam erarbeiten zu lassen, das konkrete kurzfristig und mittelfristig umsetzbare Maßnahmen umfasst und die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten dafür benennt.

Ziel des Konzeptes ist es, bereits im nächsten Sommer 2019 erste Maßnahmen wirksam werden zu lassen, mit denen erstens die Bürgerinnen und Bürger (Einwohner, Berufstätige, Senioren, Touristen), zweitens die Pflanzen (Bäume, Sträucher, Grünanlagen, Gärten) und drittens die Tiere (freilebende Tiere sowie Haus-, Heim- und Nutztiere) besser als bisher vor den Gefahren anhaltender Hitze größer 30 Grad Celsius geschützt werden können.

Zu 1.

~~Unter anderem sind zum Schutze der Menschen vor Hitze zu prüfen:~~

- ~~- Schaffung zusätzlicher Abschattungen wie Sonnensegel, Schirme, Schutzdächer an belebten Orten und Haltestellen, die bisher keinen ausreichenden Sonnenschutz haben.~~
- ~~- Pflanzung zusätzlicher Bäume zur Beschattung~~
- ~~- Ausweisung von klimatisierten Räumen in allen Stadtteilen und Ortsteilen für das Aufsuchen durch hitzegeplagte Menschen~~
- ~~- Wasserbespülung von Fahrbahnen großer Straßen bei extremer Hitze~~
- ~~- Prüfung der Brandschutzvorkehrungen für alle Wohngebiete um das Übergreifen von Wald- oder Flächenbränden auf Wohnhäuser vorbeugend wirksam zu verhindern~~
- ~~- Arbeitserleichterungen für Berufstätige~~
- ~~- Trinkwasserspender im öffentlichen Raum~~
- ~~- Getränkeautomaten mit gekühlten Wasserflaschen zum Verkauf in belebten öffentlichen Räumen und touristisch frequentierten Bereichen nach dem Vorbild der Adriaküste~~
- ~~- Möglichkeiten der Verkehrsentlastung der Innenstadt durch zusätzliche Züge im ÖPNV und RB-Verkehr sowie durch Schaffung einer Umgehungsstraße~~

Zu 2.

~~Unter anderem sind zum Schutz der Pflanzen und Grünanlagen und Wälder zu prüfen:~~

- ~~- besserer Schutz vor Umnutzung und Bebauung~~
- ~~- Verbesserung von Bewässerungsmöglichkeiten~~
- ~~- Erhöhung der Kapazitäten (technisch, personell) zur Bewässerung von Bepflanzungen und zur Unterhaltspflege durch Bewässerung von Straßenbäumen~~
- ~~- Schaffung zahlreicher zusätzlicher Gartenwasseranschlüsse (mit Gartenwasserzählern) an Mietshäusern und anderen Gebäuden, die jeden Bürger in die Lage versetzen, selber Bäume und Grünflächen vor dem selbst bewohnten Haus bei Trockenheit wässern zu können~~
- ~~- Ergänzung von Grünanlagen mit Pflanzen, die eine höhere Resistenz gegen Trockenheit haben~~

Zu 3.

~~Unter anderem sind zum Schutz von Tieren zu prüfen:~~

- ~~- Schaffung von Tränkstellen für freilebende Vögel, Kleintiere, Wildtiere und Hunde beim Auslauf in der Stadt~~
- ~~- Biotopschutz für Tiere im Stadtgebiet~~
- ~~- Wasserstellen für Wildtiere in stadtnahen Waldgebieten, die über keine natürlichen Wasserzugänge verfügen~~
- ~~- Schutz von Wassertieren und Fischen in abgeschlossenen Gewässern vor Sauerstoffmangel durch Belüftung oder andere Maßnahmen~~

Über die Erarbeitung des Konzeptes ist im KOUL-Ausschuss bis ~~Dezember 2018~~
Januar 2019 ein Zwischenbericht zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.6 Energiekonzept Krampnitz

Vorlage: 18/SVV/0607

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
SBV, HA
(Mitteilungsvorlage)

Herr Altmann (Energie und Wasser Potsdam GmbH) stellt die Mitteilungsvorlage vor und führt detailliert zu Kernthemen aus.

Im Besonderen geht er auf die CO₂-Neutralität ein, die unmittelbar bei Inbetriebnahme erreicht wird sowie auf das Ziel der Fossilfreiheit ab 2040/2050. Die Erreichung dieser Ziele soll bei verbraucherfreundlichen Preisen gewährleistet werden. Dabei wird das Energiekonzept auf eine Inanspruchnahme maximaler Fördermittel von Bund und Land ausgerichtet. Die Preiskalkulation erfolgt mit IST-Kosten und folgt damit dem Sparsamkeits- und Wirtschaftlichkeitsprinzip. Das Gebiet erhält eine separate Wärmeversorgung, welche nicht mit dem vorhandenen Fernwärmesystem der Landeshauptstadt Potsdam gekoppelt ist. Herzstück wird ein Block-Heizkraftwerk auf dem Gelände sein. Die Stromversorgung wird so ausgelegt, dass das System alle zukünftigen Anforderungen, z. B. Elektromobilität, erfüllen kann. Die Wärmeversorgung erfolgt durch ein Niedrigtemperaturnetz. Da Krampnitz ein separates sogenanntes „Stand-Alone-Projekt“ ist, ist eine eigene Wirtschaftlichkeitsberechnung aufzustellen.

Zur Absicherung eines angemessenen Wärmepreises für die zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteiles soll eine „Satzung über die öffentliche Versorgung mit Wärme in der Landeshauptstadt Potsdam, Wohngebiet Krampnitz (Wärmesatzung Krampnitz)“ erlassen werden.

Herr Matz erkundigt sich, warum nicht von Anfang an fossilfreie Energieträger genutzt werden und wie die Desinfektion des Trinkwassers gewährleistet wird.

Herr Walter kündigt an, den auf der Tagesordnung nachfolgenden Antrag „Energiekonzept Krampnitz“ (DS 18/SVV/0603) zurückzustellen.

Des Weiteren erkundigt er sich nach dem die Umsetzung der Maßnahmen betreffenden Zeitstrahl, der im Forum Krampnitz in Aussicht gestellt worden war. Da dieser noch nicht ausgereicht wurde, bittet er, dies nachzuholen.

Herr Altmann geht auf die Nachfragen und Anmerkungen ein. Zur Frage der Trinkwasserdesinfektion führt er verschiedene Methoden an, die jedoch letztlich von dem späteren Betreiber abhängen.

Herr Linke weist darauf hin, dass eine CO₂-Neutralität sowie eine Fossilfreiheit

nicht von Anfang bestehen werden, auch dafür sei die Erstellung und Ausgabe eines Zeitstrahls vorzunehmen. Es müsse erkennbar sein, wann welcher Schritt erreicht wird.

Herr Altmann betont nochmals, dass die CO₂-Neutralität von Beginn an und für das gesamte Gebiet gewährleistet sei.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 18/SVV/0607 zur Kenntnis.

zu 3.7 Energiekonzept Krampnitz

Vorlage: 18/SVV/0603

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV, HA

Herr Walter stellt den Antrag für den Antragsteller bis zur Novembersitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung zurück.

zu 3.8 Wärmesatzung Krampnitz

Vorlage: 18/SVV/0608

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
SBV, HA

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) bringt die Vorlage ein und erläutert sie. Er weist darauf hin, dass schon bewohnte Gebiete von der Satzung ausgenommen sind, um nicht in laufende und bereits umgesetzte Regelungen einzugreifen. Er bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Satzung über die öffentliche Versorgung mit Wärme in der Landeshauptstadt Potsdam, Wohngebiet Krampnitz (Wärmesatzung Krampnitz).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.9 **Übersicht Flächen mit Sträuchern und Gehölzen**

Vorlage: 18/SVV/0529

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur

(Mitteilungsvorlage)

Herr Kuhlow (Bereich Umwelt und Natur) bringt die Mitteilungsvorlage ein und stellt sie in den wesentlichen Punkten vor.

Für eine bessere Übersichtlichkeit wird in vier Kategorien unterschieden. Grundlage ist die aktuelle satellitengestützte Biotoptypenkartierung 2016. Es wurden 2 058 Biotoptypenflächen mit Laubgehölzen, Feldgehölzen, Alleen oder Baumreihen auf einer Fläche von gut 1 140 ha kartiert. Hinzu kommen 2 003 linienhafte Gehölzstrukturen mit fast 323 km Länge sowie etwa 4 620 ha Wald- und Forstflächen. Einen Gesamtüberblick bietet die der Mitteilungsvorlage anliegende Karte.

Herr Jäkel erkundigt sich nach einer Untersetzung für Grünflächen bezogen auf einzelne Wohngebiete.

Herr Kuhlow gibt an, dass die hier genutzte Kartierung auch diese Unterteilung beinhaltet.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage DS 18/SVV/0529 zur Kenntnis.

zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 4.1 **3. Sachstandsbericht "Aufstellung von Biomooswänden in belasteten Straßen"**

(gem. Beschluss zur DS 17/SVV/0534)

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) erinnert an das Forschungsprojekt in Stuttgart (vorgestellt in der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung am 22.3.2018), das mittlerweile abgeschlossen ist und dessen Ergebnisse veröffentlicht sind. Der entsprechende Artikel „Zweifel an der luftreinigenden Wirkung der CityTrees nehmen zu“ aus der Zeitschrift Neue Landschaft, Ausgabe 5/2018, liegt dem Protokoll als Anlage bei. Die Bilanz sei ernüchternd. Zwei entscheidende Probleme kristallisierten sich heraus: Zum einen gestaltete es sich äußerst schwierig, das Moos grün zu halten; zum anderen geeignete Standorte zu finden. Für Potsdam sei daher ein solches Projekt nicht zu empfehlen.

Herr Jäkel bittet trotz der Ergebnisse aus Stuttgart, dieses Projekt nicht ganz aus den Köpfen zu streichen. Die Anwohner der Siedlung zwischen der Straße am Brauhausberg und der Leipziger Straße hätten die Aufstellung einer Lärmschutzwand auf dem Rasenstreifen seitlich der Straße Am Brauhausberg gefordert. Diese könnte gegebenenfalls auch als Biomooswand genutzt werden – hier ließen sich eventuell zwei Maßnahmen miteinander verbinden.

Herr Schenke nimmt den Vorschlag von Herrn Jäkel auf.

Herr Henning bringt die Nutzung anderer Pflanzen anstelle von Moos ins Spiel. Wenn auch nicht mit ganz demselben Effekt.

Herr Linke berichtet von eigenen Versuchen in seiner Dienststelle. Im Ergebnis erhärtet sich der Stuttgarter Befund. Der Kostenaufwand für einen erwiesenermaßen minimalen Effekt sei letztlich viel zu hoch.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die abschließende Berichterstattung zum Beschluss zur DS 17/SVV/0534 zur Kenntnis.

zu 4.2 BE zur Werkstatt "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee"
(gem. Beschluss zur DS 18/SVV/0008)
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Eichler (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bezieht sich auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, eine Werkstatt für das Vorhaben des Hasso-Plattner-Instituts (HPI) am Griebnitzsee durchzuführen. Sie gibt die Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird, in Papierform aus und übergibt das Wort an Herrn Yurdakul zur Vorstellung der Ergebnisse.

Herr Yurdakul (Gesellschaft für Planung Umwelt-Stadt-Architektur [GfP]) geht detailliert auf das Ergebnis des Werkstattverfahrens ein und erläutert es anhand der Ausreichung.

Fazits des ersten Werkstatttermins:

- die grundsätzlichen Erweiterungsabsichten werden begrüßt und es soll Planungsrecht geschaffen werden
- erhaltenswerter Baumbestand ist festzustellen und zu kartieren
- die Planung soll Waldcharakter haben und möglichst einen umfangreichen Baumbestand sichern
- Angsträume durch uneinsehbare und dunkle Bereiche sollen vermieden werden
- übergeordnete Wegeverbindungen sollen erhalten und ausgebaut werden („Andreaskreuz“)
- Reduzierung der Ost-West-Achse wird begrüßt (Infrastruktur- und Stellplatzkonzept erforderlich)
- Herausbildung einer Agora zwischen Universitäts-Hauptgebäude und Campus-Erweiterung
- Verzicht auf zusätzlichen Platz vor dem geplanten Multifunktionsgebäude (im Sinne des Walderhalts)
- punktuell sind neben der Landmarke mehr als drei Vollgeschosse möglich
- Ergänzungsflächen für die Universität sind konzeptionell mit einzubeziehen

Herr Yurdakul teilt mit, dass von einer Realisierungsdauer von circa 15 Jahren ausgegangen werde. Über diesen Zeitraum hinweg werde die Bebauung nach

und nach vorgenommen. Die zu realisierenden Bauten richten sich dann vor allem nach den noch zu schaffenden Professuren und deren Bedarfen, sodass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine fertigen Gebäude geplant werden. Im aktuellen Planungsstand würden daher bebaubare Flächen definiert inklusive seitlicher und höhenbezogener Abgrenzungen.

Im Nachgang zur ersten Planungswerkstatt erfolgten die Baumkartierung und Bestimmung des wertvollen Baumbestandes / Baumgruppen in Zusammenarbeit mit der unteren Naturschutzbehörde. Dies war Grundlage für die Überarbeitung der Konzepte und Anpassung der Bauräume sowie Bestimmung der Bereiche mit Baumerhalt (Änderung der Gebäudeform) und deren Erläuterung im zweiten Werkstatttermin.

Zudem erläutert er die Anpassung der Gebäude (Form, Stellung, unterschiedliche Gebäudehöhen) unter Berücksichtigung des weitgehenden Baumerhalts (72 – 74 % der erhaltenswerten Bäume können gesichert werden). Auch die öffentliche kreuzförmige fußläufige Durchquerbarkeit ist in den Planungskonzepten berücksichtigt worden. Weiter weist er darauf hin, dass die zum jetzigen Zeitpunkt angegebenen Gebäudehöhen lediglich das Vorhandensein unterschiedlicher Höhen verdeutlichen sollen. Sie stellen noch keine Vorgabe für die späteren Festsetzungen dar. Im weiteren Verfahren werden die Gebäudehöhen in Abhängigkeit der noch näher zu bestimmenden Raumnutzungen festgesetzt (Hörsaal und Labore erfordern andere Geschosshöhen als Büroräume etc.).

Auf Anmerkungen und Nachfragen von Herrn Jäkel, der an dem ersten Werkstatttermin teilgenommen hat, geht Herr Yurdakul ein.

Frau Eichler (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) verweist ergänzend auf den Aufstellungsbeschluss DS 18/SVV/0008, mit dem die Verwaltung u. a. beauftragt wurde, „die Abgrenzung des Gebietes sowie [den] Umfang und die Art der Änderung des FNP [...] im laufenden Verfahren kritisch zu prüfen. Der SBV-Ausschuss und der KOUL-Ausschuss sind im weiteren Verfahren einzubeziehen und über die Prüfergebnisse zu unterrichten“. Die Prüfung wurde mit der Durchführung der Planungswerkstatt erledigt. Im Ergebnis der Prüfung ist der Geltungsbereich des Bebauungsplans bestätigt worden (im Sinne der künftigen Nutzungsbedarfe des HPI, der Verteilung der Bauräume und erhaltenswerter zusammenhängender Waldbaumbestände und der Maßstäblichkeit der Gebäude). Ebenso können der Umfang und die Art der beabsichtigten FNP-Änderung (Sondergebiet mit hohem Grünanteil) auf der Grundlage der aktuellen Planungskonzepte im Ergebnis der Planungswerkstatt bestätigt werden. Im Verfahren ist beabsichtigt, mit den beiden vorgestellten Konzeptvarianten in die frühzeitige Beteiligung zu gehen.

Herr Henning erkundigt sich bezogen auf die geplante Eingangssituation nach dem Standort des Landmarks am Bahnhof. Er möchte wissen, warum dieser Standort gewählt worden ist.

Herr Yurdakul erklärt, dass das Gebäude an diesem Punkt von allen Zufahrtswegen aus sichtbar sei und deswegen dieser Standort gewählt wurde.

Herr Henning bezweifelt, dass die Sichtachsen in der Praxis tatsächlich so ausfallen werden und ist von der beabsichtigten Wirkung des Standortes nicht überzeugt.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 4.3 BE zum "Grünkonzept Hermannswerder"
(gem. Beschluss zur DS 18/SVV/0266)
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Die Berichterstattung wird auf den kommenden Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vertagt. (sh. Abstimmung zur Tagesordnung)

zu 4.4 Sachstandsmitteilung zur Entwicklung der Radwege, Fußwege, Beleuchtung und der Verkehrssicherheit in der Max-Eyth-Allee und im Lerchensteig
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenke (Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen) führt zum Sachstand Fuß- und Radweg Lerchensteig und Max-Eyth-Allee aus. Er teilt mit, dass nach Information des Kommunalen Immobilien Service (KIS) die Sportfläche ab Herbst 2019 beispielbar sein soll, Umkleideräume und Vereinsheim werden später fertiggestellt.

Der Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen wird die Abschnitte 1, 3 und 4a, insgesamt 880 m, 2019 planen und den Grunderwerb veranlassen. Die Kosten inklusive Beleuchtung belaufen sich auf 780 000 Euro. Beiträge für die anliegenden Grundstückseigentümer fallen hier nicht an. Die Anmeldung der Mittel erfolgt für den Haushalt 2020/21. Bei gesichertem Grunderwerb und Einstellung der Mittel im Investitions-Haushalt kann dann die Umsetzung erfolgen.

Die Maßnahme Max-Eyth-Allee sei im Radverkehrskonzept enthalten. Die Kosten belaufen sich mit Stadtbeleuchtung auf 220 000 Euro. Anwohnerbeiträge sind hier ebenfalls nicht zu leisten. Die Umsetzung ist für 2020 vorgesehen.

Auf eine Verständnisfrage zur Wegeführung von Herrn Jäkel gehen Herr Schenke und Herr Rietz ein.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 5 Sonstiges

Herr Rietz informiert über den gestrigen Spatenstich für die Erweiterung der Kläranlage Nord in Nedlitz. Mit Fertigstellung erreicht die Anlage Spitzenwerte und steigt von Stufe 4 in die höchste Größeklasse 5 auf.

Matthias Lack
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift